

Rat gegen weitere Büros

Flüchtlingsunterkunft oder Bürogebäude – als was soll ein von der Verbandsgemeinde angekauftes Haus in Enkenbach-Alsenborn künftig genutzt werden? Solange das unklar ist, bleibt es erst einmal unrenoviert.



VON POLA SCHLIPF

ENKENBACH-ALSENBORN. Vorerst werden keine Wände gestrichen und keine Elektrokaabel verlegt im Gebäude in der Hochspeyerer Straße 11 in Enkenbach-Alsenborn. Das hat der Verbandsgemeinderat (VG-Rat) in seiner jüngsten Sitzung mit der Mehrheit der Stimmen der Koalition aus CDU, FDP und FWG beschlossen.

Warum sie zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine Renovierung des Hauses sind, erläuterte Manfred Petry. Der Fraktionsvorsitzende der FWG erinnerte daran, dass das Gebäude von der VG gekauft worden sei, um dort Asylbewerber unterzubringen. Nun aber solle

renoviert werden, um, wie Bürgermeisterin Silke Brunck (SPD) erläutert hatte, weiteren Platz für Verwaltungsmitarbeiter zu schaffen. Zunächst solle von März bis Juni 2024 das Wahlbüro für Kommunal- und Europawahlen in dem Gebäude eingerichtet, anschließend die Räume dauerhaft als Büros genutzt werden. Das entspreche nicht dem Beschluss, dem der VG-Rat damals beim Ankauf zugestimmt habe.

Zusammenrücken zugunsten Asylsuchender

Das stimme so nicht, erwiderte daraufhin Brunck. Die Idee beim Ankauf sei gewesen, dort entweder eine Unterkunft für Asylbewerber oder zusätzlichen Platz für die Verwaltung zu schaffen. Sie fügte hinzu: „Wir platzen in der Verwaltung aus allen Nähten.“ Außerdem verwies sie darauf, dass bei den vergangenen Wahlen der Ratssaal über Monate zum Beispiel nicht für Trauungen genutzt werden konnte, weil er zum Wahlbüro umfunktioniert worden war.

Stephanie Schmitt von Bündnis 90/Die Grünen pflichtete Petry bei. Auch sie habe es so verstanden, dass in der Hochspeyerer Straße Flüchtlinge einquartiert werden sollten. Da sich ihrer Kenntnis nach die Flüchtlingssituation nicht dramatisch entspannt habe, plädierte sie dafür, lieber im Verwaltungsgebäude zusammenzurücken und das neue Gebäude Asylbewerbern zur Verfügung zu stellen. Das spare auch Kosten. Einer Renovierung könne sie dennoch zustimmen, die müsse erfolgen, egal, wer die Räume später nutze.

Die Informationen, die Goswin Förster (FDP) aus dem Beirat für Migration und Integration des Landkreises Kaiserslautern mitbrachte, machten deutlich, dass mehr Platz für Geflüchtete in der VG Enkenbach-Alsenborn geschaffen werden muss. 388 Asylbewerber lebten derzeit in den sechs Verbandsgemeinden des Landkreises, Ukrainer nicht mitgezählt. Mit derzeit 26 Personen habe die VG bislang, gemeinsam mit Bruchmühlbach-Miesau, die wenigsten davon zugewiesen bekommen. Da wöchentlich aber momentan acht bis zehn neue Flüchtlinge dazukämen, habe die Kreisverwaltung angekündigt, diesen beiden VGs künftig mehr Personen zuzuteilen.

Turnhallen sind als Unterkunft tabu

In einem Gespräch vor der Ratssitzung hatte Brunck gegenüber der RHEINPFALZ zum Thema Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge klargestellt: „Wir sind völlig voll.“ Müssen weitere Personen untergebracht werden, müsste die VG Gebäude anmieten, unter Umständen auch außerhalb ihres Gebietes. Denn eines betonte die Bürgermeisterin auch: Turnhallen sollen nicht zu Unterkünften werden. „Wenn wir das nicht aufge-

zwängt bekommen, wollen wir das auf keinen Fall machen.“ Die Hallen sollten auch weiterhin uneingeschränkt von den vielen Vereinen genutzt werden können, da es wichtig sei, das Gemeinschaftliche zu fördern. „Wenn man diese Möglichkeit auch noch wegnehmen würde, würde das, glaube ich, die Stimmung nicht verbessern“, sagte Brunck.

Wie es mit dem Gebäude in der Hochspeyerer Straße 11 weitergeht und vor allem, wann es renoviert werden kann, blieb in der Ratssitzung offen. Das Wahlbüro aber könne dort nun nicht mehr eingeplant werden, hielt Brunck im Nachgang fest.